Ihr habt Euch all das widerstandslos gefallen lassen, um Arbeit zu haben. Jetzt wacht Ihr auf, weil der Druck des Elends, das Ihr schon tragt, und der fürchterliche Druck des Elends, das jetzt kommt, unabsehbar und vernichtend für jeden Einzelnen und die ganze Arbeiterklasse

Euch zwingt, in den Kampf um das nackte Dasein zu treten.

Aber wie kämpft Ihr? Hier eine Gruppe, dort eine. Diese Gruppe um 30 Pfennig, diese um eine Mark, jene um 100%. Denkt Ihr, daß damit, selbst, wenn „bewilligt" wird, etwas gewonnen sei für Euch?

Die Preise steigen höher als die Löhne und Ihr seid elender als vorher.

Dies aber ist die „Einheitsfront" der Gewerkschaften!

Sie zeigen den Staatsarbeitern, wieviel die Werftarbeiter verdienen und hetzen die beiden Gruppen gegeneinander. Keine Gruppe, keine Branche weiß von der anderen, aber jede wird gegen eine andere ausgespielt. Bevor ein Streik recht in Gang kommt, ist bereits beschlossen, wie er abgewürgt werden soll.

Wer davon lebt, daß er verhandelt mit dem Kapital, wird immer die Sache des Kapitals, der Unternehmer und des Staates führen und nicht die des Proletariats.

Ihr habt um die Arbeitsordnung gekämpft, Bieser Arbeiter. Der Betriebsrat, der davon existiert, daß er verhandelt, hätte Euch auch an diese Arbeitsordnung, diese Zuchthausordnung verhandelt, wenn ihn die Direktion nicht auf die Straße gesetzt hätte. Jetzt schreit er, weil es ihm an den Kragen ging:

„Solidarität".

Und schon wird der Kampf um die Arbeitsordnung, der ein Machtkampf hätte werden können, in einen Lohnkampf geleitet, dessen Abwürgung schon genau durchdacht ist. Fallt nicht auf diesen Schwindel herein, sondern führt den Machtkampf weiter. Geht voran in diesem Kampf und zieht die anderen Gruppen mit Euch, die schon auf der Straße liegen. Richtet selbst die wahre Einheitsfront des Proletariats auf, ohne Rücksicht auf „Bruchen" und Zugehörigkeit zu den „berufenen Organisationen".

Schafft Euch Kampforgane, die revolutionären Aktionsausschüsse.

Vereinigt Euch
mit den Arbeitslosen, Arbeiter in den Betrieben!

Die Gewerkschaften, die drei Parteien in den Parlamenten wollen die Revolution nicht. Auch die V. K. P. D. nicht, die von Rußlands Gnaden ihr Dasein fristet. Denn Rußland ist am Aufbau seines Kapitalismus und braucht dazu die deutschen, die westeuropäischen Kapitalisten. Die „Hilfsaktion" ist die verschleierte Einführung des Kapitalismus nach Rußland.

Deshalb darf die „Führer-Klique" der V. K. P. D., selbst wenn sie von den Arbeitern gedrängt werden, keinen revolutionären Kampf in Deutschland sich entwickeln lassen, weil ihre Existenz von Rußland abhängt und vom deutschen Kapital, das die Sowjetregierung braucht. Aber das deutsche Proletariat braucht die Revolution und darf sich nicht länger auf den „Erfolg" von Verhandlungen verlassen, sondern die deutschen Arbeiter müssen selbstbewußt und selbstverantwortlich den Kampf aufnehmen.

Arbeiter Bremens!

Ihr steht im Kampf, führt ihn weiter und kämpft in den Betrieben und um die Betriebe

für die Befreiung der Arbeiter vom kapitalistischem Joch

für die Übernahme der Produktion

für die Diktatur des Proletariats!

Kommunistische Arbeiter-Partei
Allgemeine Arbeiter-Union.

ISBN 3-922981-13-5

DM 52,--

Clemens Klockner (Hrsg.)
Protokoll des außerordentlichen Parteitages der KAPD

Clemens Klockner (Hrsg.)

Protokoll des außerordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 15. -18. Februar 1921 im Volkshaus zu Gotha

Lesen und weitergeben!

Arbeiter Bremens! Klassengenossen!

Ihr steht noch im Kampf und schon ist der Betrug, Eure Niederlage beschlossen.

Der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie, die in den Arbeitsgemeinschaften sitzt, macht vor den Bremer Toren nicht Halt. Überall in Deutschland sind Kämpfe ausgebrochen

um das nackte Leben der Proletarier.

Überall kämpft die ganze Klasse, die Masse der Ausgebeuteten.

Und überall ist der A. D. G. B. dabei, die gewerkschaftlich organisierten gegen die Unorganisierten, die Syndikalisten und die Unionisten auszuspielen wie in Bremen.

Überall hetzen die Gewerkschaftsdemagogen die Arbeiter in den Betrieben auf gegen die Arbeitslosen. Und die Arbeitslosen suchen sie zu spalten in Organisierte und Nichtorganisierte, wie die Arbeiter in den Betrieben.

Warum tun sie das, warum müssen sie das tun?

Weil sie die proletarische Revolution fürchten, den Sturz des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates.

Deshalb spalten sie das Proletariat, das einheitlich kämpfen will, kämpfen muß um seine Existenz als Klasse in einem Teil, der mit mageren Speckköder vom Kampf weggelockt werden soll und in einem Teil, **der revolutionär ist und deshalb verrecken soll.**

Warum kann die **Gewerkschaftsbürokratie** den revolutionären Kampf nicht wollen, den Kampf, der um die Vernichtung des Kapitals geht?

Weil sie ein Teil des Kapitalismus ist, der Teil, der heute **die stärkste Stütze ist,** der Rettungsanker des Kapitals und des bürgerlichen Staates.

Die **drei Fraktionen in den Gewerkschaften,** die **S. P. D.,** die **U. S. P. D.** und **V. K. P. D.** sind darin gleich und nur durch den mehr oder weniger starken Aufwand von scheinrevolutionären Phrasen verschieden.

Sie sitzen alle drei in den bürgerlichen Parlamenten der Staaten und Städte. Sie sitzen alle drei in den Betriebsräten, die von den Unternehmern eingewickelt werden.

Sie suchen alle drei ihre Existenzberechtigung zu beweisen dadurch, daß jede der drei Fraktionen andere Spezial-Illusionen, andere Spezialmärchen aus der Rumpelkammer des Reformismus und Opportunismus herauskramt und sie den Massen als funkelnagelneue „Ziele der Revolution" vorsetzt.

Das ist ihre sogenannte Einheitsfront:

daß sie jeder für sich und dann das Proletariat gemeinsam zwingen wollen, den **Kampf um Illusionen zu führen.**

Der Wiederaufbau des Kapitalismus ist das **„Ziel"**, die betrügerische Illusion, der sie sich verschrieben haben. Sie haben sich verpflichtet, die **„Wiedergutmachung"** zu übernehmen, die **Sicherung des Profits** der Kapitalisten aller Länder. Deshalb müssen sie **jeden Kampf** niederschlagen; deshalb müssen sie **jeden Kampf abwürgen,** alle Kämpfer verraten, die um das Ziel der proletarischen Klasse kämpfen:

um die Vernichtung des Kapitalismus.

Arbeiter, Klassengenossen!

Ihr scheint jetzt endlich zu erwachen, zu sehen, daß Ihr verraten wurdet. — Aber solange Ihr nicht entschlossen seid, **selbst zu handeln, verantwortlich zu kämpfen,** für Euch selbst und für die proletarische Klasse zugleich, solange werdet Ihr verraten werden, wird jeder Streik, jeder Lohnkampf nur dazu dienen, die Methoden Eurer ewigen Verräter und Betrüger, der Gewerkschaftsbürokratie und der Betriebsräte zu verfeinern, den Apparat der Gewerkschaften, der **nur eine Garantie** bietet, **die der gewissen Niederlage,** zu stärken und zu sichern gegen den Ansturm Eures Kampfeswillen.

Bitte wenden!

Verlag für wissenschaftliche Publikationen

Clemens Klockner (Hrsg.)

Protokoll des Außerordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 15.-18. Februar 1921 im Volkshaus zu Gotha

Clemens Klockner (Hrsg.)

Protokoll des Außerordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 15. -18. Februar 1921 im Volkshaus zu Gotha

Der Abschrift des Protokolls liegt ein maschinenschriftliches Manuskript zugrunde, das sich in der Stadt- und Universitätsbibliothek in Frankfurt am Main befindet.
Signatur: Sq 25/121 Bd. 2.

Clemens Klockner (Hrsg.)

Protokoll des außerordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 15. -18. Februar 1921 im Volkshaus zu Gotha

Verlag für wissenschaftliche Publikationen

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung vorbehalten. Kein Teil des Buches darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert werden.

c 1984
Verlag für wissenschaftliche Publikationen
6100 Darmstadt, Ploenniesstraße 18
Druck und Bindung: E. Weiss, 6072 Dreieich
Printed in Germany

ISBN 3-922981-13-5

Inhaltsverzeichnis

Clemens Klockner:

Vorwort.....Seite 7

Einleitung.....Seite 11

Protokoll des a.o. Parteitages der KAPD in Gotha

1. Verhandlungstag.....Seite 2

2. Verhandlungstag.....Seite 95

3. Verhandlungstag.....Seite 231

4. Verhandlungstag.....Seite 266

Vorwort

Nach der Veröffentlichung des Protokolls des ersten ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) vom 1. bis 4. August 1920 in Berlin (1) wird mit der Herausgabe eines weiteren, bisher noch nicht veröffentlichten, Parteitagprotokolls der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (2) die Absicht verfolgt, wiederum ein zentrales Dokument der linkskommunistischen Bewegung in der deutschen Arbeiterbewegung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die KAPD war seinerzeit aus finanziellen Gründen nicht in der Lage die umfangreichen Protokolle ihrer Parteitage drucken zu lassen (3), nur der Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands am 4. und 5. April 1920 war in der Kommunistischen Arbeiterzeitung (4) veröffentlicht worden.

Das vorliegende Protokoll des a.o. Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 15. bis 18.2. 1921 in Gotha wurde von dem Parlamentsstenographen Carl Höhns (5) im Auftrag der Partei angefertigt. Das maschinenschriftliche Manuskript des außerordentlichen Parteitages befindet sich in der Stadt- und Universitätsbibliothek in Frankfurt am Main (6).

Das maschinenschriftliche Protokollmanuskript des Gothaer Parteitages umfaßt die Wiedergabe der Verhandlungen über sieben der acht zu Beginn des Parteitages beschlossenen Tagesordnungspunkte (7). Die Verhandlungen über den 8. Tagesordnungspunkt (Organisation einschließlich Kassenbericht, Entwicklung der Partei, Wahlen, Unterstützungswesen) werden in dem Protokoll nicht wiedergegeben. Soweit über die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes in der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung im Rahmen ihrer Berichterstattung über den Parteitag etwas gesagt wurde, ist es in der nachfolgenden Einleitung ausdrücklich erwähnt (8).

Von den im Protokollmanuskript insgesamt fehlenden sechs Parteitagsdokumenten konnten drei Dokumente (9), die seinerzeit in der Presse abgedruckt waren, ganz oder zum Teil wieder eingefügt werden, drei weitere Dokumente konnten nicht wieder beschafft werden (10). Die Wiedergabe des Protokolls des a.o. Parteitages in Gotha erfolgt unverändert. Bei der Abschrift des sich in einem schlecht lesbaren Zustand befindlichen Manu-

skriptes wurde die vorgefundene Schreibweise (11) und Zeichensetzung übernommen, offensichtliche Schreibfehler wurden nicht berücksichtigt; die nachträglich in dem Manuskript vorgenommenen handschriftlichen Veränderungen bzw. Ergänzungen, deren Urheberschaft ich ohne Zweifel feststellen konnte, wurden berücksichtigt.

Bei der Herstellung der Abschrift des maschinenschriftlichen Protokollmanuskriptes sowie seiner Veröffentlichung war ich auf mancherlei Hilfe angewiesen. Mein Dank gilt in erster Linie Herrn Karger von der Stadt- und Universitätsbibliothek in Frankfurt am Main, der mir auch das Originalmanuskript dieses Protokolls für einen längeren Zeitraum zur Bearbeitung überließ, ferner Regina Jeske, die mit viel Umsicht und Geduld für die Abschrift des Protokolls Sorge trug, schließlich dem Verlag für wissenschaftliche Publikationen in Darmstadt für das Korrekturlesens des Textes.

Zu Dank bin ich auch dem Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund verpflichtet, das mir aus seinen umfangreichen Beständen die entsprechenden Jahrgänge der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung für die Bearbeitung der Einleitung zu Verfügung stellte. Renate Bechstein (Recklinghausen) hatte es dankenswerterweise übernommen, das Zeitungsmaterial in Dortmund zu besorgen und zu kopieren. Ebenso bedanke ich mich bei Dorothea Breitenfeld vom Staatsarchiv Bremen, die mir bei meinem Archivaufenthalt in Bremen hilfreich zur Seite stand und die mir die Verfilmung der entsprechenden Archivmaterialien ermöglichte.

Schließlich gilt mein Dank meinem Vater Clemens Klockner sen., der sich auch bei der Bearbeitung dieses Protokolls der mühseligen Aufgabe unterzog, die in der deutschen Schrift angefertigten handschriftlichen Veränderungen bzw. Ergänzungen im Protokollmanuskript in die lateinische Schrift zu übertragen.

Wiesbaden, Oktober 1984

Clemens Klockner

Anmerkungen:
(1) Klockner, Clemens (Hrsg.): Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 1. bis 4. August 1920 in Berlin, Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publikationen, 1981.
(2) Die Schreibweise des Parteinamens ist in der ersten Zeit des Bestehens der Partei unterschiedlich, während um die Zeit des Gründungsparteitages herum sich die Schreibweise "Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands" durchgesetzt hatte, wird in der Zeit nach dem 1. ordentlichen Parteitag als Schreibweise "Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands" eingeführt.
(3) Siehe hierzu die Ausführungen von Fritz Rasch und Franz Pfemfert auf dem a.o. Parteitag in Gotha, in: Protokoll des a.o. Parteitages in Gotha, Seite 196 und 222.
(4) Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, 1. Jg. (1920), Nr. 90. Siehe auch den von Hans Manfred Bock eingeleiteten und kommentierten Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, in: Pozzoli, Claudio (Hrsg.): Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 5, Frankfurt 1977, S. 185 ff.
(5) Auf der ersten Seite des Protokollmanuskriptes des a.o. Parteitages in Gotha befindet sich der Stempel: Carl Höhns, Parlamentsstenograph, Charlottenburg, Bleibtreustraße 48.
(6) Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, Signatur Sq 25/121 Bd. 2, (Protokoll des a.o. Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 15. bis 18.2.1921 in Gotha).
(7) Protokoll des a.o. Parteitages in Gotha, S. 4.
(8) S. Anmerkung 59 in der Einleitung.
(9) Die Resolution des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 28.11.1920 betreffend Aufnahme der KAPD als sympathisierendes Mitglied der Kommunistichen Internationale (vgl. Protokoll des a.o. Parteitages der KAPD S. 161 f.) wurde dem Protokoll der Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistichen Internationale vom 28.11.1920 entnommen. Siehe: Die Kommunistische Internationale, Organ des Exektivkomitees der Kommunistischen Internationale, 2. Jg. (1921) Nr. 15, S. 414 f.
Die Antwortschreiben des Parteitages der KAPD an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale betr. Begrüßungstelegramm des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zum Parteitag der KAPD (vgl. Protokoll des a.o. Parteitages der KAPD S. 309 f.) wurde der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, 2. Jg. (1921) Nr. 173 entnommen. Das Begrüßungsschreiben der Kommunistischen Partei der Schweiz zum Parteitag der KAPD (vgl. Protokoll des a.o. Parteitages der KAPD S. 26)) wurde in der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, 2. J. (1921) Nr. 173 nur fragmentarisch wiedergegeben: "Es heißt dann zum Schluß: Auch Euch Genossen wünschen wir Zusammenschluß mit den übrigen Kommunisten von ganz Deutschland. Legt den Hader beiseite und vereinigt Euch. Gerade Ihr, die Ihr als revolutionäre Kampfgenossen bekannt seid, seid so bitter nötig in der großen vereinigten KAPD. Es wäre für die revolutionären Genossen der ganzen Welt ein Freudentag, an dem ihr die revolutionäre Einheitsfront in Deutschland vollzieht....."
(10) Nicht wiederbeschafft werden konnte:
Schreiben des Verbands der proletarischen Jugend Deutsch-Österreichs (vgl. Protokoll des a.o. Parteitages der KAPD S. 25), Artikel der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung betr. Aktionseinheit mit der VKPD (vgl. Protokoll des a.o. Parteitages der KAPD, S. 162).
Schreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die Syndikalisten und die AAU betr. Roter Gewerkschaftskongreß am 1. Mai 1921 (vgl. Protokoll des a.o. Parteitages der KAPD, S. 165).
(11) Lediglich das ss wurde durch ß, die Umlaute ae, oe, ue durch ä, o, ü ersetzt.

Einleitung

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des a.o. Parteitages der KAPD in Gotha (1) stand die Auseinandersetzung zwischen dem föderalistischen Flügel der Partei um Franz Pfemfert und James Broh und dem zentralistischen Flügel, der von der Berliner Parteigruppe um Karl Schröder, Alexander Schwab und Fritz Rasch repräsentiert wurde (2), über die Stellung der KAPD zur Kommunistischen Internationale.

Der Parteitag hatte über den Anschluß der KAPD als sympathisierendes Mitglied der Kommunistischen Internationale zu entscheiden. Dem war vorausgegangen, daß der Erweiterte Zentralausschuß der KAPD auf einer Sitzung am 30. und 31.10.1920 beschlossen hatte (3), erneut eine Delegation nach Moskau zu entsenden, um dort über die Aufnahme der Partei in die Kommunistische Internationale zu verhandeln, ohne daß diese Entscheidung von der Gesamtmitgliedschaft sanktioniert gewesen wäre (4).

Bereits unmittelbar nach der Gründung der KAPD im April 1920 war von der Partei ein Aufnahmegesuch in die III. Internationale gestellt worden. Zwei Delegationen der KAPD sollten in Moskau vor und während des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale im Juli 1920 die Sache der KAPD vertreten (5). Beide Delegationen waren in Gesprächen mit Lenin, Trotzki, Bucharin, Sinowjew, Kamenew, Radek und anderen Führern der III. Internationale auf eine geschlossene Ablehnung des Programms der KAPD gestoßen.

In einem Offenen Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die KAPD vom 2.6.1920 hatte das Exekutivkomitee den KAPD-Mitgliedern seine Vorbehalte gegenüber der neuen Partei mitgeteilt und die von der KAPD vertretenen Anschauungen als ein "direktes Abweichen vom Kommunismus" bezeichnet (6).

Nach Kenntnisnahme von dem Entwurf der "Leitsätze über die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale" sowie der "Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale", die auf dem 2. Kongreß verabschiedet werden sollte, hatten es die Mitglieder der zweiten Delegation der KAPD, Otto Rühle und August Merges, für richtig gehalten, noch vor Beginn des Kongresses Moskau unter Protest zu verlassen (7), weil deren Billigung die Selbstauflösung der KAPD bedeutet hätte. Ihrem Eindruck zufolge handelte es sich bei dem Entwurf der Leitsätze um eine Neuauflage der "Heidelberger Richtlinien", die 1919 zum Ausschluß der KPD-Opposition aus der KPD(S) geführt hatten (8). Nachdem auf dem 2. Weltkongreß die 21 Aufnahmebedingungen angenommen worden waren, wurden diese Beschlüsse zwar von beiden Flügeln der KAPD scharf kritisiert. Im Gegensatz zu den Mitgliedern des föderalistischen Flügels, die aus dieser Beschlußlage der Kommunistischen Internationale heraus für eine radikale Abkehr von Moskau plädierten, setzte der zentralistische Flügel alles daran, es nicht zu einem endgültigen Bruch mit dem Exekutivkomitee kommen zu lassen. Seine Mitglieder hielten sich für verpflichtet, "im Interesse revolutionärer Aktionen auf internationaler Ebene weiterhin in "Wort und Tat" mit der Kommunistischen Internationale zu sympathisieren" (9). Nur so war es auch zu verstehen, daß der von dem Berliner Flügel majorisierte Zentralausschuß auf seiner Sitzung am 30. und 31.10.1921 beschloß, eine neue Delegation nach Moskau zu entsenden. Der Zentralausschuß bestellte die Repräsentanten des zentralistischen Flügels Karl Schröder und Fritz Rasch sowie den Holländer Herman Gorter zu Mitgliedern dieser Delegation. Sie erhielten den eindeutigen Auftrag, in Moskau den Beitritt der Partei als sympathisierendes Mitglied der Kommunistischen Internationale zu erreichen, ohne Abstriche am Parteiprogramm zuzulassen, insbesondere nicht in der Frage der Gewerkschaften, der Allgemeinen Arbeiter-Union und des Parlamentarismus. Desweiteren sollten sie die Exekutive über die Theorie und Praxis der KAPD und der Allgemeinen Arbeiter-Union informieren, sie sollten aber jede Verhandlung über einen Zusammenschluß mit der VKPD strikt ablehnen (10). Dahinter stand die taktische Überlegung des zentralistischen Flügels der KAPD, nach der erfolgten Aufnahme als sympathisierendes Mitglied eine Opposition innerhalb der Kommunistischen Internationale "der wirklich revolutionären, radikalen, linken" Kräfte zu schaffen (11). Ob hinter dem Aufnahme-Begehren des Berliner Flügels der KAPD noch ein anderes Motiv stand, nämlich das der erhofften Aufstockung der fast leeren Parteikasse durch Unterstützungsgelder des Exekutivkomitees, kann

nicht hinreichend geklärt werden. Ihlau (12) verweist in diesem Zusammenhang auf Berichte der Politischen Polizei, wonach der KAPD und der Allgemeinen Arbeiter-Union nach der erfolgten Aufnahme bis zum März 1921 einmalig 5 Millionen Mark vom Exekutivkomitee zugeflossen seien. Weitere 3 Millionen Mark seien einem Fond zur Verfügung gestellt worden für eine zwischen der KAPD und der VKPD zu bildende Aktionsgemeinschaft.

Den Anlaß zu diesem Beschluß des Zentralausschusses hatten Gespräche der Vertreter der Berliner KAPD mit dem Vorsitzenden der III. Internationale, Sinowjew, auf dem USPD-Parteitag in Halle im Oktober 1920 gegeben. Ein Gespräch zwischen Sinowjew und den ebenfalls auf dem USPD-Parteitag anwesenden Vertretern des föderalistischen Flügels Pfemfert und Rühle war nicht zustande gekommen (13).

Die Delegation reiste illegal im November 1920 nach Moskau und führte hier mehrere Gespräche mit Lenin, Trotzki, Bucharin, Sinowjew und anderen Führern der Kommunistischen Internationale. Im Verlaufe von zwei Plenarsitzungen des Exekutivkomitees wurde dann am 24.11. und 28.11.1920 über den Aufnahmeantrag der KAPD-Delegation verhandelt (14). An der Aussprache über diese Frage beteiligten sich seitens des Exekutivkomitees dessen Mitglieder Marchlewski, Bucharin, Losowski und Trotzki sowie die drei Delegierten der KAPD. Die beiden Plenarsitzungen fanden unter dem Vorsitz von Sinowjew statt (15). Im Mittelpunkt der Sitzungen stand die Rede des KAPD- Vertreters Gorter (16), auf die seitens des Exekutivkomitees Trotzki (17) erwiderte. Hierbei kam es zu keiner nennenswerten Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte in den Fragen:

- Bedeutung des Parlamentarismus und der Gewerkschaften für die Arbeiterbewegung
- Taktik der westeuropäischen Revolution
- Massen- und Führerpolitik
- Einschätzung der Taktik der KPD und der linken Unabhängigen
- Einschätzung des revolutionären Potentials der deutschen Arbeiterklasse

Um so erstaunlicher war es dann, daß das am 28.11.1920 von Sinowjew in Form einer Resolution vorgestellte Ergebnis der Verhandlungen, wonach die KAPD unter bestimmten Auflagen als sympathisierendes Mitglied mit beratender Stimme aufgenommen werde, von der Berliner Führungsgruppe der Partei enthusiastisch gefeiert und als Anzeichen dafür gewertet wurde, daß sich nun die III. Internationale anschicke "den Weg der Prinzipien der KAPD zu beschreiten" (18). Dabei waren die in der Aufnahme-Resolution niedergelegten Standpunkte des Exekutivkomitees in allen entscheidenden Fragen, hinsichtlich der Einschätzung der Taktik der KAPD, die alten geblieben. Das Exekutivkomitee forderte die KAPD auf, sich den Beschlüssen des 2. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zu fügen (19). Die von der KAPD im Verlaufe der Verhandlungen eingenommene Haltung in der Gewerkschafts- und Parlamentarismusfrage wurde seitens des Exekutivkomitees nochmals (20) ausdrücklich als falsch deklariert. Nachhaltig wurden die Mitglieder der KAPD aufgefordert, sich der VKPD anzuschließen und sich am Kongreß der KPD und der linken Unabhängigen in Berlin am 4.12.1920 zu beteiligen (21). Die KAPD mußte sich außerdem noch verpflichten, in ihren Zeitungen zukünftig alle Aufrufe und Bestimmungen des Exekutivkomitees zu veröffentlichen.

Hinter der Entscheidung des Exekutivkomitees, die KAPD trotz weiterbestehender tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten als sympathisierendes Mitglied aufzunehmen, stand die Überlegung, durch diesen eingeschlagenen Weg den "guten, ernsten, proletarischen, revolutionären Elementen" in der KAPD entgegenzukommen (22), um die "gesundesten Elemente der K.A.P.D. den Reihen der Vereinigten Kommunistischen Partei zuzuführen" (23).

Obwohl die VKPD-Führung in einem von Ernst Däumig und Paul Levi unterzeichneten Brief Ende Dezember 1920 mit Nachdruck gegen die Entscheidung des Exekutivkomitees protestierte und darauf verwies, daß der VKPD durch diesen Beschluß ein großer Schaden zugefügt worden sei, da die KAPD dadurch künstlich am Leben erhalten würde, blieb das Exekutivkomitee bei seinem am 28.11.1920 gefaßten Beschluß (24).

Auf der Sitzung des Exekutivkomitees am 14.1.1921 befaßten sich dessen Mitglieder nochmals mit der Aufnahme-Resolution unter dem Gesichtspunkt des von der VKPD-Zentrale eingegangenen Protestschreibens. Vor allem Sinowjew setzte sich im Verlauf dieser Sitzung dafür ein, den bereits gefaßten Beschluß bestehen zu lassen. Seiner Meinung nach war der Protest der VKPD gänzlich verfehlt. Indem das Exekutivkomitee die KAPD als sympathisierende Partei aufgenommen habe, habe es durchaus in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des 2. Weltkongresses gehandelt. Sinowjew wies darauf hin, daß der Kern der KAPD aus "wirklich revolutionären Arbeitern" bestehe, die Partei habe in der letzten Zeit auch "einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zum Kommunismus" gemacht, indem sie Laufenberg, Wolffheim und Otto Rühle ausgeschlossen habe. Mit einem Seitenhieb auf die VKPD beendete Sinowjew die Debatte, indem er darauf verwies, daß es kein so großes Unglück sei, daß die KAPD die VKPD kritisiert habe, denn diese sei "durchaus nicht unfehlbar", in diesem Zusammenhang erinnerte er an das Verhalten der VKPD während der Kapptage und des Streiks der Berliner Elektrizitätsarbeiter. Nach einer eingehenden Diskussion wurde auf Vorschlag Sinowjews die Aufnahme-Resolution vom 28.11.1920 per Abstimmung erneut bestätigt (25).

Der Berliner Flügel der KAPD propagierte nun lautstark die Aufnahme der Partei in die Kommunistische Internationale als einen wichtigen Etappensieg. Er sah die Partei jetzt auch offiziell eingereiht in die "gewaltige proletarische Kampffront, von der aus sie in fruchtbarer gegenseitiger Durchdringung -in schöpferischer Kritik- im lebendigen Fluß des historischen Prozesses leichter und fruchtbringender als bisher das vollbringen kann, was sie immer wollte: dienen der Weltrevolution" (26). In der vom Exekutivkomitee vollzogenen Aufnahme wurde seitens des Berliner Flügels eine von der Kommunistischen Internationale vollzogene Schwenkung des bisherigen Kurses "zum Segen der Revolution" konstatiert (27). Den in der Aufnahme-Resolution enthaltenen Kritikpunkten am Kurs der KAPD und den hierin enthaltenen Verpflichtungen, die Beschlüsse des 2. Weltkongresses zukünftig zu beachten, wurde in den Verlautbarungen des Berliner Flügels so gut wie keine Beachtung geschenkt. Im übrigen wurde darauf verwiesen, daß es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis das Exekutivkomitee von diesen Kritikpunkten Abstand nehmen würde (28).

In einer Sitzung des Erweiterten Zentralausschusses am 21. und 22.12. 1920 wurde dann auch das Ergebnis der Verhandlungen in Moskau einhellig begrüßt. Die einstimmig angenommene Resolution des Zentralausschusses lautete:

"Der erweiterte Zentralausschuß nimmt von dem Bericht der nach Moskau entsandten Delegation Kenntnis und erklärt sein Einverständnis mit dem Verhalten und Erfolgen der Delegation. Er begüßt es, daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale durch die Anerkennung der K.A.P.D. als sympathisierende Partei den ersten Schritt zu einer Nachprüfung der Beschlüsse des 2. Kongresses getan hat und beschließt, einen Vertreter mit beratender Stimme in das Exekutivkomitee zu entsenden. Er macht es der gesamten Partei wie jedem einzelnen Genossen zur dingendsten Pflicht nunmehr innerhalb der 3. Internationale mit aller sachlichen Schärfe und aller revolutionären Disziplin den unerbittlichen Kampf gegen jede Form des illusionistischen Opportunismus und Reformismus weiterzuführen, bis zu dem Ziel, daß der Sumpf der V.K.P.D. in Deutschland, der entsprechenden Parteien in den anderen hochkapitalistischen Ländern, beseitigt ist und eine reine revolutionäre, wahrhaft kommunistische Internationale geschaffen ist." (29)

Als Vertreter der KAPD im Exekutivkomitee entsandte der Zentralausschuß Arthur Goldstein, der in Moskau, entsprechend den getroffenen Aufnahmevereinbarungen, mit beratender Stimme mitarbeitete. (30) Von seinem Vertreter in der Exekutive erwartete der Zentralausschuß, daß er in der Kommunistischen Internationale "rückgratstark" um die Zusammenfassung der Opposition ringen, über die Arbeit der Partei dort umfassend berichten und von der Arbeit des Exekutivkomitees authentisch der Partei nach Deutschland rückberichten solle. (31)

Da von dem Berliner Flügel der Partei auf dem a.o. Parteitag in Gotha ein positives Votum der Parteitagsdelegierten hinsichtlich der Aufnahme der KAPD in die Kommunistische Internationale herbeigeführt wurden mußte, unternahmen die führenden Mitglieder dieses Flügels jegliche Anstrengung, um in der noch verbleibenden Zeit zwischen dem Bekanntwerden des Aufnahmebeschlusses bis zu dem Mitte Februar 1921 stattfindenden Parteitag für ein entsprechendes Votum bei der Mitgliedschaft und den Parteitagsdelegierten zu werben. Der Zentralausschuß der Partei wandte sich zur Vorbereitung auf den Parteitag mehrfach mit Flugblättern an die Mitglieder,

in denen er die hauptsächlichsten Fragen der Partei streifte und hierzu die Stellungnahme der Mitglieder erbat. (32) Die Tatsache der vom Exekutivkomitee getätigten Aufnahme der KAPD in die Kommunistische Internationale, ohne daß ein Parteitag der KAPD dazu vorher die Möglichkeit hatte, Stellung zu nehmen, wurde mit keinem Wort in den Flugblättern erwähnt. So, als ob es in der Partei dazu niemals eine andere Meinung gegeben hätte, wurde in den Flugblättern die Parole ausgegeben, daß die Bildung der Kommunistischen Internationale ein Prozeß sei, "in der es ein Abseitsstehen nicht gibt, sondern um dessen Fortgang und Ausgang mit Sowjetrußland, mit der Gesamtinternationale gerungen werden" müsse (33). Obwohl die Mitglieder der KAPD vom Exekutivkomitee in der Aufnahmeresolution eindringlich aufgefordert worden waren, sich der VKPD anzuschließen, wurde der Inhalt dieser Aufforderung, wie auch die anderen aus der Aufnahme-Resolution resultierenden Verpflichtungen in den Flugblättern mit keinem Wort erwähnt. In den Flugblättern des Zentralausschusses wurde nach wie vor zu einem verschärften Kampf gegen die VKPD und ihre "Sabotage gegen die Räte" aufgerufen sowie gegen das "neukommunistische Element" in der VKPD Sturm gelaufen. (34)

Auch auf den zwischen Dezember 1920 und Februar 1921 noch stattgefundenen Bezirkskonferenzen der KAPD wurde seitens der Mitglieder des Zentralausschusses für die Aufnahme der Partei in die Kommunistische Internationale mit Nachdruck geworben. Auf der Bezirkskonferenz des Wirtschaftsbezirks Grafschaft Hohenstein und Eichsfeld in Nordhausen wurde am 12.12. 1920 im Rahmen einr einstimmig gefaßten Resolution bekräftigt, daß sich die Mitglieder des Wirtschaftsbezirks "voll und ganz nicht nur mit Worten, sondern mit der Tat als sympathisierende Partei der 3. Internationale" betrachten. (35) Auf der am 9.1.1921 in Altona stattgefundenen Konferenz des Wirtschaftsbezirks Nord wurde ebenfalls der Anschluß an die III. Internationale einstimmig gebilligt. (36) Resolutionen, die die Aufnahme in die Internationale ausdrücklich guthießen, wurden auf den Bezirkskonferenzen der Bezirke Mitteldeutschland in Bitterfeld am 23.1.1921 und des Bezirks Westsachsen verabschiedet. (37) Kritik an dem Aufnahmebeschluß des Exekutivkomitees wurde nur vereinzelt laut, so von Ortsgruppen des ostsächsischen Bezirks, wo der Einfluß von Otto Rühle immer noch wirksam war, wie auch vom Unterbezirk Zwickau des Wirtschaftsbezirks Westsachsen, wo die Teilnehmer der Generalversammlung des Unterbezirks die nachfolgenden 2 Beschlüsse faßten: